

Wenn das Unmögliche möglich wird

Ein Wort

**des amtierenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Präses Nikolaus Schneider, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,
zum 20. Jahrestag der Wiederherstellung der deutschen Einheit**

Auch zwanzig Jahre danach ist es schier unglaublich, was sich zwischen dem Herbst 1989 und dem 3. Oktober 1990 in Deutschland zugetragen hat. Die jahrzehntelange, durch den Zweiten Weltkrieg verursachte und später im Kalten Krieg verfestigte Teilung unseres Landes, die ein unverrückbares politisches Faktum zu sein schien, wurde überwunden. An die Stelle der Willkürherrschaft der SED, ihrer Missachtung der Freiheitsrechte und ihres repressiven Vorgehens gegen politisch Unliebsame traten auch auf dem Gebiet der einstigen DDR rechtsstaatliche Verhältnisse. Was viele unter uns, die Zeugen dieser Entwicklung wurden, noch ein Jahr zuvor für Phantasterei, ja für schlichtweg unmöglich gehalten hatten, trat ein. Eine Wendung der Dinge, für die wir Gott nicht genug danken können. Und eine Mahnung, dass wir uns auch sonst nicht kleingläubig in den so genannten Realitäten dieser Welt einrichten und mit ihnen abfinden sollen. Was nicht ist, das kann werden, sagt das Sprichwort. „Denn für Gott ist nichts unmöglich“, heißt es in der Bibel (Lk 1,37). Nur wer daran glaubt, hat die Fähigkeit, die Chancen zur Veränderung der Realitäten zu erkennen und zu ergreifen. Joachim Gauck, in der DDR Bürgerrechtler der ersten Stunde, wird dieser Tage mit dem Satz zitiert: "Wir hatten uns zu sehr an die Realitäten gewöhnt."

Der 20. Jahrestag der Wiederherstellung der deutschen Einheit bietet die Gelegenheit, innezuhalten und eine Bilanz des Zusammenwachsens von West und Ost zu ziehen. Das Wachsen der deutschen Einheit ist vor allem eine große Tat der Solidarität. Über den Solidaritätszuschlag ist jeder Steuerpflichtige nach dem Maße seiner finanziellen Leistungsfähigkeit daran beteiligt, den Aufbau Ost voranzubringen. Das ist eine Zumutung, die niemand überfordert. Nicht vergessen werden darf der enorme Solidaritätsbeitrag der Sozialkassen: Die Einbeziehung der ostdeutschen Bevölkerung in die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung hat wesentlich dazu beigetragen, dass in allen tiefgreifenden Veränderungen die soziale Absicherung gewährleistet war und blieb. Die Deutschen können stolz darauf sein, was sie in den vergangenen zwanzig Jahren gemeinsam an Aufbauleistung in den neuen Ländern erreicht haben. Wir müssen jedoch auch zugeben, dass sich nicht alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllt haben. In vielen Bereichen sind die Entwicklungen noch nicht so weit fortgeschritten, wie es wünschenswert wäre. Insofern bleibt das Zusammenwachsen der Deutschen – gesellschaftlich, politisch,

wirtschaftlich, aber auch kulturell – eine Aufgabe, die noch weit in die Zukunft hineinreicht. Aber wir sind angesichts der Fortschritte und Erfolge der vergangenen Jahre vom Gelingen dieses Prozesses überzeugt.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich seit dem Herbst 1989 vollzogen haben, haben auch vor den Kirchen in Deutschland nicht Halt gemacht. Nach wie vor gehören knapp zwei Drittel aller Deutschen den beiden großen christlichen Kirchen an. Aber der vor allem demographisch bedingte Rückgang der Kirchenmitgliederzahl und die gesellschaftliche Pluralisierung sind in den vergangenen Jahren weiter vorangeschritten. Die Kirchen sind auch in Zukunft willens, ihren Beitrag zu einer guten und gerechten Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres Staates zu leisten. In ihrem Gemeinsamen Wort „Demokratie braucht Tugenden“ haben sie das von Werten geleitete Engagement aller Bürgerinnen und Bürger als entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes bezeichnet. Der Gottesbezug der Verfassung mahnt die Gläubigen aller Religionen zum Respekt gegenüber der unveräußerlichen Würde des Menschen.

Besonders froh sind wir darüber, dass es gelungen ist, die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht nur als Antwort auf die deutsche Frage zu betrachten, sondern sie als Bestandteil einer gesamteuropäischen Einigung zu begreifen. Die Einbindung des wiedervereinigten Deutschlands in eine vertiefte und erweiterte Europäische Union ist vielleicht das größte politische Verdienst im Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Die Überwindung des Kommunismus und des Kalten Krieges in ganz Europa hat dazu geführt, dass wir heute mit allen Nachbarn – in Ost und West – nicht nur in guter Nachbarschaft, sondern in Freundschaft leben. Umso bedeutsamer ist es, dass wir gelernt haben, in Europa gemeinsam für eine friedliche Entwicklung unseres Kontinents zu arbeiten. Auch und gerade deshalb ist der 20. Jahrestag des Tags der deutschen Einheit für uns ein Tag der Freude.

Erzbischof Robert Zollitsch
Vorsitzender der
Deutschen Bischofskonferenz

Präses Nikolaus Schneider
Amtierender Vorsitzender des
Rates der Evangelischen Kirche
in Deutschland